

06.11.2005

***Liebe Kolleginnen und Kollegen,***

aus den Koalitionsverhandlungen gelangten nach und nach wenig gute Botschaften an die Öffentlichkeit. Dass die Kassen leer sind wussten alle. Jetzt werden die Fehlbeträge beziffert. 35 Mrd. Euro sollen allein in den nächsten 2 Jahren beim Bund eingespart werden. Das sind 15 % des Haushaltvolumens. Über die Wege und Mittel, dieses Ziel zu realisieren, wurde hart gerungen. Ziemlich schnell erwies sich als illusorisch, es könne eine Steuerreform mit Entlastung geben. Eine breite Diskussion entwickelte sich, die Mehrwertsteuer bis zu 20 % zu erhöhen.

Es ist eben leichter, in Wahlkämpfen Programme aufzustellen, als sie verantwortungsvoll umzusetzen. Bei dieser Lage der Haushalte – und dies ist nicht neu – heißt eigentlich das Gebot der Stunde, radikal bei Steuervergünstigungen und Subventionen einzugreifen. Nachdem Hans Eichel beklagte, dass er die Probleme gesehen habe und sie lösen wollte, daran aber von der damaligen Opposition gehindert wurde, müssen die neuen Koalitionäre Vorschläge wieder aufgreifen, die der scheidende Finanzminister politisch nicht durchsetzen konnte. Im weiteren Verlauf der Debatte zeigt sich unweigerlich, dass allein über die Ausgabenkürzungen die Haushalte nicht zu sanieren sind.

Für eine Lösung muss man sich viel mehr der Einnahmenseite zuwenden. In der abgelaufenen Regierungszeit wurden für die Bürgerinnen und Bürger in der Hoffnung Steuern gesenkt, das Geld ginge in den Konsum und die Wirtschaft würde durch die Senkungspolitik wieder anspringen. Dies war ein Trugschluss und das Resultat muss die Politik nun bitter zur Kenntnis nehmen. Die DSTG hatte die von interessierten Kreisen behaupteten Selbstfinanzierungseffekte stets bezweifelt. Der Staat ist durch die Senkungspolitik ärmer geworden. Ein armer Staat ist aber nicht im Sinne des Normalbürgers. Einen armen Staat

können sich nur die Reichen leisten und dies wird jetzt vielen Bürgerinnen und Bürgern schmerzlich bewusst.

Erste Aufgabe für den Steuerstaat ist und bleibt es, Jedermann/frau gleich zu besteuern. Es muss in Zeiten der leeren Kassen alles getan werden, große und kleine Steuersünder zu entdecken und ihre Zahlungsverpflichtungen einzutreiben. Dies geht nur mit mehr Personal in der Steuerverwaltung. Bisher wird am falschen Ende gespart. Die Folgen sind sichtbar und spürbar.

Der Binnenmarkt in Deutschland schwächelt auch deswegen, weil den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Beamtinnen und Beamten über Jahre hinweg spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen verweigert wurden. Die Politik predigte Lohnzurückhaltung. Wer aber im Portemonnaie nichts hat, kann nicht konsumieren. Dies ist ein Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt. Eine Mehrwertsteuererhöhung, die zum großen Teil in die Preise gehen wird, löst die Probleme des Binnenmarktes nicht, sondern verstärkt sie. Sie belastet die nichtselbständig Beschäftigten, die keine entsprechenden Gehaltserhöhungen erhalten werden.

Wenn die Finanzministerkonferenz dieser Tage als einzige Maßnahme zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung Systemänderungen diskutiert, löst dies keine Probleme, solange die Systemänderungen von der EU nicht genehmigt werden. Die Landesfinanzminister müssen viel mehr die Umsatzsteuerbetrügereien aktiv bekämpfen, denn den schwarzen Peter halten sie in den Händen. Ein Weiterschieben nach Brüssel hilft hierbei wenig. 10.000 Beschäftigte mehr in der Steuerverwaltung wären ein wirksames Mittel, die Haushalte zu konsolidieren. Es ist höchste Zeit, endlich zu handeln.

***Mit freundlichen Grüßen***

***Ihr***

***Dieter Ondracek***